

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 7

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

WEITERUNGEN DES NAHOSTKONFLIKTS

Rascher als erwartet ist der Nahostkonflikt in eine neue akute Phase getreten. Die Vermittlungsmision, die der schwedische Diplomat *Gunnar Jarring* im Auftrage der Vereinten Nationen übernommen hat, droht zu scheitern – genau so wie die analogen Bemühungen desselben Mediators in den Jahren 1967/68. Gleichzeitig hat die Situation in Jordanien sich gravierend verschärft, nachdem *König Hussein* die Herausforderung der palästinensischen Extremisten mit einem militärischen Gegenschlag beantwortet und auf diese Weise versucht hat, seine zerfallende Autorität wieder herzustellen. Ausgelöst wurde diese neue blutige Auseinandersetzung in dem haschemitischen Königreich durch einen Banditenstreich, wie er in der jüngsten Geschichte einmalig dasteht: die *Entführung von drei Verkehrsflugzeugen* – einer Maschine der amerikanischen TWA, einer weiteren der Swissair und einer der britischen Gesellschaft BOAC – die alle drei nach dem von palästinensischen Partisanen kontrollierten jordanischen Flugplatz *Zerqa* dirigiert und dort in die Luft gesprengt wurden. Eine Woche lang wurden die Passagiere unter den unwürdigsten Umständen in den Flugzeugen festgehalten, ehe man sie, kurz vor der Sprengung, endlich freiliess – freilich unter Zurückbehaltung sorgfältig ausgewählter *Geiseln* – über fünfzig an der Zahl –, um auf diese Weise einen erpresserischen Druck auf die Regierungen Grossbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, der Vereinten Staaten und Israels auszuüben.

Die Absichten der Luftpiraten

Das Verbrechen, das hier geschah, hatte *mehrfachen Zweck*, wobei die Befreiung der in Westeuropa inhaftierten arabischen Terroristen nur ein vordergründiges Motiv war. Wesentlicher war es für die palästinensischen Freischärler, den Grossmächten und kleineren Ländern, die sie als Freunde Israels ansehen, einen Schlag zu versetzen und sie zur Annahme ihrer Forderungen zu zwingen, wohl wissend um das *Dilemma*, in welches sie die Regierungen der USA, des Vereinigten Königreiches, Deutschlands und der Schweiz stürzen würden. Die Skrupellosigkeit der Freischärler offenbarte sich, als sie – nachdem sie die grundsätzliche Zustimmung zu einer Freilassung der Terroristen erhalten hatten – ihre Forderungen sofort höher zu schrauben begannen und ihre *Erpressungsmanöver* konsequent fortsetzten, um so viel als möglich aus diesem verbrecherischen Menschenhandel herauszuschlagen.

Ein weiteres Ziel der Freischärler war es, die jordanische Regierung zu *diskreditieren*. Jordanien hatte wie Ägypten der Mission Jarring zugestimmt, die von den Freischärlern (und besonders der für die Flugzeugentführungen verantwortlichen extremen «Volksfront für die Befreiung Palästinas») heftig bekämpft wurde. Schon im Vorfeld der Bemühungen um eine Vermittlung zwischen Arabern und Israeli waren in Jordanien immer wieder Kämpfe zwischen bewaffneten Partisanengruppen und den königstreuen Truppen aufgeflammt, und nur mühsam hatte jeweils ein

Vergleich erzielt werden können. Nun sollte der Welt erneut und in drastischer Weise vor Augen geführt werden, *wer* in Jordanien tatsächlich Herr im Hause sei. Tatsächlich musste es schwer sein, noch an die Handlungsfähigkeit eines Regimes zu glauben, das es zulassen musste, dass gegen seinen Willen auf seinem Territorium ein Flugplatz von bewaffneten Banden besetzt wurde, die dort tagelang Geiseln gefangen hielten und nach Belieben schalteten und walteten. Das monarchistische Regiment in Jordanien drohte zu einer Farce zu werden, zu einem *Schutzschild*, hinter dem die fanatischsten unter den einzelnen Palästinensergruppen ungestört ihre verbrecherischen Taten vollbringen konnten.

Husseins Gegenschlag

König Hussein hat einige Tage gezögert, ehe er zu seinem Gegenschlag ausholte. Als das Drama in Zerqa abgerollt war, ersetzte er am 14. September den als palästinenserfreundlich gesinnten Ministerpräsidenten Rifai durch einen General, während gleichzeitig Marschall *Habes al-Majali* den Oberbefehl über die königlichen Truppen übernahm. Das war das Signal, dass er es auf eine *Kraftprobe* mit den Partisanen ankommen lassen wollte. Nur eine Stunde vor der Ernennung des neuen Kabinettes war wieder einmal ein Abkommen zwischen Regierung und Palästinensern abgeschlossen worden, und es war eine der ersten Proklamationen des eben an die Macht gekommenen Militärregimes, dass es unnachsichtig auf die Einhaltung dieser Vereinbarung dringen werde. Die Palästinenser antworteten auf diesen Schachzug mit wütenden *Attacken* gegen Hussein und Majali. Die Befreiungsorganisation, die sich eben wegen der Luftpiratenakte gespalten hatte, schloss sich wieder zusammen und ernannte den «Al-Fatah»-Chef *Arafat* zu ihrem militärischen Oberbefehlshaber. Am 15. September kam es zu ersten blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen

und Guerillas. Im ganzen Land entbrannten heftige Kämpfe. Für Hussein geht es in dieser Auseinandersetzung um die *letzte Chance*, sich zu behaupten gegenüber den extremen palästinensischen Guerillaorganisationen, die in den letzten Monaten Stück für Stück die Kontrolle über Jordanien an sich gerissen hatten.

Geringe Aussichten für die Jarring-Mission

Die Explosion des jordanischen Hexenkessels hat die Aussichten auf eine konstruktive Weiterführung der Mission Jarrings weiterhin verringert. Schon am 6. September hatte das israelische Kabinett beschlossen, die in New York geführten Gespräche über eine Vermittlung im Nahostkonflikt vorläufig zu *suspendieren*. Die Regierung in Jerusalem begründete diesen Schritt mit dem Hinweis auf die nicht mehr zu bezweifelnde Tatsache, dass die Ägypter die Waffenruhe seit Anfang August dazu benützt hatten, um sich durch eine Vorverlegung ihrer Raketenstellungen am Suez-Kanal bessere Ausgangspositionen für eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu schaffen. Ägyptens Aufrichtigkeit wurde in Frage gestellt, und Israel wollte Nasser zwingen, Farbe zu bekennen und zu zeigen, ob er überhaupt noch ein Interesse an einer Weiterführung der Verhandlungen habe. Ägypten seinerseits hat damit geantwortet, dass es den *Rogers-Plan*, auf dem die Mission Jarrings basiert, als nicht mehr verbindlich bezeichnete, wobei es jedoch den einschränkenden Vorbehalt machte, sich weiterhin an die Waffenruhe halten zu wollen.

Durch die Entwicklung in Jordanien ist nun auch der *zweite arabische Verhandlungspartner* in den Jarring-Gesprächen – fürs erste zumindest – praktisch ausgeschieden. Der Vermittlertätigkeit des schwedischen Botschafters ist der Boden entzogen worden – vielleicht nur vorläufig, aber die Wahrscheinlichkeit, dass schon in nächster Zukunft erneut in fruchtbringende Unterhandlungen zwischen Israeli und

Arabern eingetreten werden kann, scheint nur gering zu sein. Israel sucht sich in dieser neuen Phase, in der sich eine drohende *Verschärfung* des Nahostkonfliktes abzeichnet, der amerikanischen Rücken- deckung zu versichern. Einen Erfolg in dieser Richtung hat es bereits erzielt, indem die Vereinigten Staaten Israel weitere 18 «Phantom»-Kampfflugzeuge zur Verfügung stellten – ein bezeichnendes Symptom dafür, dass auch Washington die Zuspitzung der Lage im östlichen Mittelmeer nicht tatenlos hinzunehmen gewillt ist. Die Vereinigten Staaten haben sich bisher immer auf den Standpunkt gestellt, eine Verschiebung des Gleichgewichts im Nahen Osten zuungunsten Israels nicht zulassen zu wollen – angesichts der ägyptischen Dispositionen am Suezkanal und der Krise in Jordanien scheint diese Machtbalance heute ernstlich bedroht zu sein.

Zerfall der internationalen Rechtsordnung?

Zu der Besorgnis über diese Eskalation der Spannungen im Nahen Osten, die zu einem guten Teil von den Aktionen der palästinensischen Luftpiraten ausgelöst worden ist, tritt die Befürchtung, dass diese Akte über den engeren Bereich des Nahostkonfliktes hinaus zu einem weiteren Zerfall der internationalen Rechtsordnung führen werden. Erneut ist der Welt demonstriert worden, wie schwach und labil diese Rechtsordnung ist und wie leicht sie, angesichts eines *mangelnden Konsens der Grossmächte* in unserer gespaltenen Welt, erschüttert werden kann. Sofern nicht rasch Abhilfe geschaffen wird, droht

die Gefahr, dass künftig – wie früher zur Zeit von Seeräubern und Strassenbriganten – eine Handvoll zu allem entschlossener Desperados ungestraft selbst grosse Mächte herausfordern kann.

Es ist charakteristisch für die allgemeine Unruhe über den palästinensischen Luftpiratenakt, dass sich auch der *Sicherheitsrat der UNO* mit ihm befasst hat. Die Resolution, die in diesem Gremium schliesslich angenommen worden ist, mag vielleicht im Augenblick von geringem praktischen Nutzen sein; aber sie deutet doch an, dass das Problem jetzt vor einem weltumspannenden Forum gestellt worden ist und alle Länder, von denen früher oder später jedes einmal betroffen werden kann, zum Nachdenken und zur Stellungnahme zwingt. Die Verwilderung der Kampfmittel in einer an sich regional begrenzten Auseinandersetzung, die Rückkehr zu den barbarischen Methoden der Geiselnahme – wie sie neben den palästinensischen Freischärlern auch von den südamerikanischen Tupamaros exerziert wird – sind ein *drohendes Warnsignal* an alle Mächte. Sie können nur bekämpft werden durch Aktionen *zwischenstaatlicher Solidarität*. Wenn der Schlag gegen die Zivilluftfahrt, den die Palästinenser in der ersten Septemberhälfte geführt haben, zum Schock wird, der solche Aktionen internationaler Solidarität auslöst, hätten die verbrecherischen Ver zweiflungstaten der Anhänger der «Volksfront zur Befreiung Palästinas» eine wenigstens auf lange Sicht heilsame Wirkung. Es stimmt jedoch pessimistisch, dass bisher nicht einmal in Ansätzen eine solche Solidarität der Nationen zu erkennen ist.

Fabius

«CORRENTOCRAZIA» – ITALIENISCHE RECHNUNGEN

Ernüchterung

Nach einer dreissigtägigen Regierungskrise ist in Italien am Ende der ersten Augustwoche *Emilio Colombo* als neuer

Regierungschef von Staatspräsident Saragat vereidigt und in sein Amt eingesetzt worden. Mit Colombo amtiert bereits das dritte Regierungsteam des laufenden Jahres. Die Zahl der sich ablösenden Kabinette

der 1948 gegründeten italienischen Republik wächst bedeutend schneller als deren Alter an Jahren. Dieses Merkmal der äusseren Unstabilität der Exekutive teilt die Repubblica Italiana mit der französischen Dritten Republik, die immerhin siebenzig schwierige Jahre guten Bestand hatte.

In ihrer personellen Zusammensetzung unterscheidet sich die Regierung Colombo aber sehr wenig von ihrer letzten Vorgängerin, dem dritten Kabinett *Mariano Rumors*, der diesen Sommer von der politischen Bühne weggetreten ist und bestenfalls die Erinnerung an eine wenig energische Statthalterfigur hinterlässt. Colombo, seit 1955 in ununterbrochener Folge Landwirtschafts-, Handels- und Industrie- und seit 1963 ständig Schatzminister, hat – hier zeigt sich die «innere Stabilität» des italienischen Regierungssystems – an der Ministerliste und Ressortverteilung seines Vorgängers nur die unumgänglichsten Veränderungen vorgenommen. Auch die politische Grundlage bilden nach wie vor die vier gleichen Parteien, die seit 1963 unter der Formel des «Centro Sinistra» an der Macht beteiligt sind: Christlichdemokraten (DC, 15 Minister), Sozialisten (PSI, 6 Minister), Sozialdemokraten (PSU, 4 Minister) und Republikaner (PRI, 1 Minister).

Die ersten Massnahmen der neuen Regierung sind Ausdruck einer spürbaren allgemeinen Ernüchterung: Massive zusätzliche Steuern und Abgaben sowie eine rücksichtslose Benzinpreiserhöhung, die vorerst nicht zur Durchführung der seit langem geforderten Sozialreformen, sondern zur Deckung der beängstigenden Defizite im Staatshaushalt und zur Ankurbelung arg angeschlagener Wirtschaftsbereiche nötig sind, haben für einmal den wortreichen Feilschereien um politische und persönliche Machtsphären ein Ende gesetzt. Der Italiener muss seinen Brotkorb mindestens zeitweise höher hängen. Die bare Notwendigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Zustände hat der Regierung eine Sprache der Härte, eine Politik der Fakten, kurz Realitätssinn aufge-

zwungen. Der bewährte Finanzfachmann kam hier als Regierungschef zum Zuge. Er hat spät, aber doch noch innert nützlicher Frist, die Rechnung für Realitätsvergessenheit, vielfältige Versäumnisse und gewerkschaftliches Überborden präsentiert.

Damit sind aber nicht Sinn und Hinter-sinn der beiden Regierungskrisen erklärt, die das Land und seine Wirtschaft in diesem Jahr mit bemerkenswerter Resistenz überstanden haben.

Aus der Agonie geboren: das dritte Kabinett Rumor

Die von Rumor schon im vergangenen Dezember ausgelösten Bemühungen zur Wiederherstellung einer vollgültigen Mitte-Links-Regierung mündeten anfangs Februar in die längste Regierungskrise seit Bestehen der Republik. Nacheinander scheiterten Rumor, Aussenminister Moro und Senatspräsident Fanfani beim Versuch einer Neubildung der Vierparteienregierung an den teilweise diametralen Absichten der Koalitionspartner. Die Frage der scharfen Abgrenzung gegen oder schrittweisen Öffnung zum italienischen Kommunismus hin bildete neben dem Streit um die Ehescheidung den Hauptgrund des Misslingens, zumindest für Rumor. Moro und Fanfani legten sich zudem mit Hilfe ihrer persönlichen Klientel unter den Links- bzw. Rechtskräften innerhalb der Koalition gegenseitig Hindernisse in den Weg, um in ihrem Wettlauf um günstige Ausgangspositionen für die (angeblich) von beiden angestrebte Nachfolge Saragats in der Staatspräsidentschaft nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Für kurze Zeit schien die vornehmlich den Sozialdemokraten willkommene Alternative der Parlamentsauflösung und vorzeitiger politischer Wahlen – als Ziel war eine Zentrumsregierung von DC, Sozialdemokraten und Liberalen unter Ausschluss der Sozialisten anvisiert worden – von der um sich greifenden Verwirrung und Krisenmüdigkeit begünstigt,

besonders solange das Projekt der «*elezioni anticipate*» die Sympathien des Staatspräsidenten für sich hatte. Von den Linkskräften innerhalb der Koalitionsparteien barsch als «Abenteurer» abgelehnt, schied es schliesslich als mögliche Lösung der Krise aus, und die ermüdeten Kontrahenten einigten sich kurz vor Ostern auf eine «schwache Regierung», indem sie dem erneut beauftragten Rumor den Weg zur Bildung seines dritten Kabinetts freigaben.

Die Kraftlosigkeit der neuen Regierung Rumor offenbarte sich schon im Anfang im peinlichen Feilschen um Ministersitze und Staatssekretärsposten, die zugleich die tiefe innerparteiliche Zerrissenheit der DC, aber auch der Sozialisten aufdeckte. Die «*correntocrazia*», das heisst das Problem der Machtdosierung unter die mindestens 14 Parteiströmungen und Politikerklientelen, in die die Koalitionspartner zerfallen, erschien rasch als wichtigstes Charakteristikum der neuen Regierungsgruppe. Geeignete regionale Herkunft und günstiger Standort zählten mehr als Leistung und Eignung für einen bestimmten Posten. Das mag auf den zunehmenden Einfluss des föderalistischen Gedankens deuten, dem mit der inzwischen begonnenen Errichtung politischer Regionen (15 an der Zahl, nach meist historischen Gesichtspunkten) eine bedeutende Konzession gemacht worden ist. Für die Entschlusskraft der Regierung verhiess dieser Beginn nichts Gutes. Ein Akt der Milde, besser: der schwächlichen Nachgiebigkeit war in den Augen der Öffentlichkeit denn auch ihre bemerkenswerteste Tat. Auf den ersten Mai hin wurde allen im Zusammenhang mit Streiks oder Demonstrationen strafrechtlich verfolgten oder verurteilten Personen eine vollständige Amnestie gewährt.

Der Ruf der italienischen Justiz liegt als Folge oft verschleppter Rechtsprechung, vielfacher Mängel beim Strafvollzug und Benützung veralteter, teils auch ausgesprochen faschistischer Rechtskodizes ohnehin im argen. Im vorliegenden Fall wurde aber der Staat als solcher in Mitleidenschaft gezogen, war doch die

gewährte Amnestie ein ausgesprochen politischer Akt, der ohne Zweifel einer Abdankung des Staates vor dem massierten Druck der Gewerkschaften gleichkam. Ihre im Nachgang des «heissen Herbstes» inszenierte «Kampagne gegen die Repression» hat, so unredlich sie teilweise auch sein mochte, das Ziel hundertprozentig erreicht. Der Neosyndikalismus, teilweise inspiriert durch Sorels Theorien über Gewalt und Macht, hat damit erneut eine Runde im Kampf mit dem italienischen Staat gewonnen.

Der politische Charakter der Wahlen vom 7. Juni

Im übrigen galt die Aufmerksamkeit der Politiker seit der Beilegung der langen Krise weniger den Regierungsgeschäften als den von Rumor auf den 7. Juni festgesetzten Gemeinde-, Provinz- und Regionswahlen. Die erstmalige Bestellung der Regionsräte, mit welcher die in der republikanischen Verfassung von jeher vorgesehenen Regionen endlich politische Gestalt gewinnen sollten, verlieh diesem Wahlakt des Volkes einen ausgesprochen politischen Charakter, der den gewöhnlichen Administrativwahlen abgeht.

Dies war um so mehr der Fall, als die Kommunisten seit langem die Einrichtung der Regionen voranzutreiben versucht hatten und sie im Wahlkampf als ihr Verdienst herausstellten, begierig darauf, die Macht in immer grösseren Bereichen des Landes zu übernehmen. Auf Grund der früheren Wahlergebnisse rechneten die Kommunisten, in der Emilia Romagna, in der Toskana und in Umbrien, eventuell auch in den Marken, den massgeblichen Einfluss zu erhalten. Der «rote Gürtel» in Mittelitalien sollte nach den Worten des Parteisekretärs Berlinguer der Schauplatz einer «vorgeschobenen Spitze des Klassenkampfes und der Umwandlung Italiens im sozialistischen Sinne» werden. Obwohl die Wahlergebnisse vom Juni diese Rechnung für die Toskana, Umbrien und die Marken deutlich durchkreuzten, sind die Kommunisten heute daran, ihr pro-

gnostiziertes Kalkül in die Tat umzusetzen. Um zu verstehen, wie und mit wessen Hilfe das möglich ist, bedarf es einer kurzen Analyse der Wahlergebnisse im Hinblick auf die parteipolitischen Machtkonstellationen.

Allgemein gilt von den Juni-Wahlen, dass die befürchtete Polarisierung ins Links- und Rechtsextreme nicht eingetreten ist. Im Gegenteil: die Ergebnisse bedeuten geradezu eine Bestätigung des Regierungskurses bzw. der seit acht Jahren praktizierten Vierparteiengrundlage für die nationale Exekutive. Leichten Verlusten der Christlichdemokraten stehen im Vergleich zu früheren politischen Wahlen merkliche Gewinne der (relativ kleinen) republikanischen Partei und der Sozialdemokraten sowie eine unerwartet gute Haltung der Sozialisten gegenüber. Dieses Ergebnis ist als Wunsch nach einem betont laizistischeren Centro Sinistra gedeutet worden. Das dürfte übrigens gerade etwa im Hinblick auf eine künftige Volksabstimmung über die Einführung der staatlichen Ehescheidung, die durch die neulich erfolgte Institutionalisierung des Referendums denkbar geworden ist, interessant sein.

Politisch relevanter ist aber für den Augenblick die Tatsache, dass sich sowohl die hart antikommunistischen Sozialdemokraten wie auch die grossenteils kommunistenfreundlichen Sozialisten mit einem gewissen Recht als Sieger dieser Wahlen betrachten und entsprechend mehr politischen Einfluss in der Regierung für sich beanspruchen. Die alte Rivalität, ja *Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten* hat sich daher nach den Wahlen scharf akzentuiert und ist rasch zu einem Kampf auf Biegen und Brechen ausgewachsen. Letztlich geht es den beiden «Sieger»-Parteien um eine forcierte Verschiebung der politischen Achse des Landes nach rechts (Zentrumspolitik unter Abdrängung der Sozialisten) bzw. nach links (Zusammenarbeit mit den Kommunisten unter Ausbootung der Sozialdemokraten).

Wären sich die rein arithmetisch ent-

scheidenden Christlichdemokraten in ihrer politischen Mittelstellung und Mittlerrolle einig, so könnten sie solche Versuche, die politische Waage nach rechts oder links zu senken, mit Leichtigkeit ausbalancieren. Da die innerparteiliche Kongruenz über die politischen Grundlinien in der DC aber fehlt, ja vielmehr in ihr selbst die zentrifugalen Kräfte – gemässigt Rechte im Schatten Fanfanis und das «Kartell der Linken» mit den Sympathien Moros – im Rennen um die Gunst der rechts- bzw. linksoppositionellen Wähler überhandzunehmen drohen, ist der Kampf um die Weiterentwicklung der *Regierungsformel* zu einem der gravierendsten Probleme der italienischen Politik geworden. Kann Italien weiterhin gegen und ohne die Kommunisten regiert werden, oder soll man sie an der Macht beteiligen? Diese Frage birgt den gordischen Knoten, an dessen Lösung sich die Politiker seit dem Zweiten Weltkrieg und immer aufs neue die Zähne ausbeissen. Unter diesem Aspekt ist weitgehend auch die zweite Regierungskrise dieses Jahres zu sehen, die Rumor am 6. Juli durch den überraschenden Rücktritt seines Kabinetts auslöste und die genau einen Monat später mit der Einsetzung der Regierung Colombo beigelegt wurde.

Rumors Rücktritt im Juli: Ausbruch nach rechts

Dass das dritte Kabinett Rumor an hochgradiger Inertie litt, ist unbestritten. Weder vor noch nach den Juni-Wahlen vermochte Rumor auch nur einen der strittigen Punkte unter seinen Koalitionspartnern zu «klären». Weder vermochte er konjunkturpolitische Sanierungsmassnahmen durchzusetzen noch die von den Sozialdemokraten scharf getadelten freiwilligen Volksfrontoptionen des PSI bei der Bildung der Gemeinde-, Provinz- und Regionsausschüsse zu verhindern. Schliesslich nahmen die gewerkschaftlichen Streikaktionen und Strassendemonstrationen für die «Reformen» ihren Fortgang, ohne dass Rumors Appelle zur Mässigung Gehör fanden.

Nach Rumors eigenen Worten sollte

der Rücktritt seines Kabinetts die vorab vom PSU verlangte sofortige «Klärung» innerhalb der Koalition herbeiführen. Aus seiner Sicht konnte damit ausschliesslich eine Verschiebung der Achse auf dem innenpolitischen Kräftefeld nach rechts, bzw. ins Zentrum angepeilt sein, und zwar im Sinne einer nachdrücklichen Distanzierung von jeglicher kommunistenfreundlicher Politik. Die Lektion sollte den Sozialisten gelten, die eben erklärten, künftig eine politische Äquidistanz zwischen Centro Sinistra und Kommunisten einzuhalten und nach eigenem Belieben bei den lokalen «Giunte» für Volksfronten zu optieren oder aber Koalitionstreue zu üben. Die zunehmende Kooperations-unwilligkeit der Sozialisten hatte sich auch in der Frage der von Schatzminister Colombo und der italienischen Notenbank postulierten Sanierungsmassnahmen allzu deutlich erwiesen.

Die Sozialdemokraten erblickten in Rumors Rücktrittsoperation ihre grosse Chance, einer neuen Regierungsmannschaft eine unzweideutig antikommunistische Linie aufzuerlegen. Sie setzten dabei auf den erhöhten Einfluss der christlich-demokratischen, um Fanfani gruppierten Rechten, die ihren Widersachern erneut mit Parlamentsauflösung und vorzeitigen Wahlen drohen konnte. Von seiner intransigenten Position aus erteilte der PSU tatsächlich eine glatte Absage an *Giulio Andreotti*, als dieser – nach zweiwöchigen mühsamen Konsultationen – in seinem Dokument zum Standort der zu bildenden Regierung die Politik der «apertura ai comunisti» als nicht bindend erklärte. Bei diesem Entschluss leitete die Sozialdemokraten sowohl ihr harter Antikommunismus wie nackter Selbsterhaltungstrieb. Je mehr Volksfrontausschüsse zustandekommen, desto schwerer wiegt für sie der Verlust zahlreicher Stellungen in Gemeinden, Provinzen und Regionen, was den «Anfang vom Ende ihres Einflusses in Rom» bedeuten könnte. Sie haben das Beispiel der Liberalen vor Augen, die seit ihrem Ausscheiden aus der Regierung ständig an Stimmen verlieren.

Die sozialdemokratische Intransigenz brach aber sofort zusammen, als der Spiritus rector und Protektor der «Krisenpartei» (rechte DC und PSU), Fanfani, sich wegen innerer Gegensätzlichkeiten in seiner Gruppe vom Spiel zurückzog und als zu gleicher Zeit die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags durch den Sozialdemokraten Brandt bekannt wurde. Die italienischen Sozialdemokraten haben somit eine Runde im Poker um die Macht verloren.

Der Weg zur Regierungsbildung durch Colombo, der wie Andreotti als gemässigt und als Fanfani-Gegner gilt, war frei. Der PSU gab ihm nun praktisch bedingungslos die Zusage zur Mitarbeit, bloss mit dem Wunsch, dass DC und PSI die Sozialdemokraten nach Möglichkeit nicht von der Mitarbeit in Provinzen und Gemeinden ausschliessen. Die Sozialisten sind ungeschoren aus der Krise hervorgegangen. Sie haben sich sogar erlauben können, nach dem Verzicht Andreottis die Bildung einer Dreiparteienregierung ohne Sozialdemokraten vorzuschlagen. Auf Druck der DC und um «einer allgemeinen Rechtsschwenkung vorzubeugen», willigten sie am Ende aber doch in den «Waffenstillstand» ein, den die Regierung Colombo gegenwärtig verkörpert. Das Centro-Sinistra hat sich damit als Formel des politischen Kompromisses bestätigt. Ein wirklicher Ausgleich der Gegensätze zwischen Links- und Rechtskräften in der Koalition ist aber nicht gefunden.

Vorwürfe für neue Konflikte

Im Bewusstsein der behaupteten Position setzen nun die Sozialisten ihre «Politik der Zweigleisigkeit» unbehindert fort. Halb arbeiten sie mit der Regierung, der sie angehören, halb mit den Kommunisten und den oppositionellen Gewerkschaften zusammen. Fast täglich treffen aus Gemeinden und Provinzen Meldungen von der Bildung neuer Volksfrontausschüsse ein, in die die Sozialisten ohne arithmetische Notwendigkeit, vielmehr aus purer

Eigenmächtigkeit eingewilligt haben. Musterbeispiele sind die Stadtgiunten von Prato und Parma sowie jene des «italienischen Stalingrad», Sesto San Giovanni bei Mailand. In Verfolgung ihrer Politik der «apertura ai comunisti» haben sie in den wichtigen Regionen Toskana und Umbrien den Kommunisten in den Sattel verholfen, desgleichen in den meisten dortigen Provinzausschüssen. Andererseits ist nach zähem Ringen für die Stadtexekutive von Florenz die Mitte-Linkskoalition zum Zug gekommen. Somit zeichnet sich in diesem und andern Fällen für die politisch-administrative Vertikale: Zentralregierung-Region-Provinz-Gemeinde das institutionalisierte Chaos ab. Die Exekutive im Palazzo Vecchio will ausdrücklich «in den Grenzen strengster Autonomie von der Opposition» operieren und die «Wirksamkeit und Gültigkeit ihrer politischen Entscheide» in keiner Weise von kommunistisch beherrschten Volksfronten ihrer Provinz und Region beeinflussen lassen. Nur solange ihr die Zentralregierung volle Unterstützung verleiht, kann aber diese Florentiner Stadtexekutive hoffen, das Seilziehen inmitten einer roten Region für sich zu entscheiden.

Über das Schicksal der vom Kabinett Colombo Ende August dekretierten Sanierung von Wirtschaft und Staatsfinanzen durch harte konjunktur- und fiskalpolitische Massnahmen entscheidet wohl weitgehend das Verhalten der Gewerkschaften. Sie wollen dem Staat und der Wirtschaft die zur Erholung notwendige Atempause nur gönnen, wenn die Regierung die seit langem geforderten «Reformen» (vorab im Wohnungsbau und Gesundheitswesen) sofort einleitet. Die Gespräche zwischen den zuständigen Ministern und den Gewerkschaftsführern sind Mitte September aufgenommen worden. «Wir suchen keinen neuen <heissen Herbst>», sagt Luciano Lama vom grossen, kommunistisch gelenkten Allgemeinen Italienischen Arbeiterverband dazu. «Aber wir sind nicht bereit, zuzusehen, wie sich die Veränderun-

gen, für die wir kämpfen, ins Nichts verflüchtigen ... Wir [Gewerkschaften] wollen nicht mehr im Innern der Fabrik verbleiben. Wir haben uns auch eine Aufgabe in der Gesellschaft als Ganzem vorgenommen. Das steht heute auf dem Spiel: das Recht der Gewerkschaften, sich nicht nur mit den unmittelbaren Problemen ihrer Mitglieder, sondern auch mit Problemen der Allgemeinheit zu befassen. Diese Grundfrage wollen wir heute ein für allemal entscheiden. Wir glauben, dass sie es wert ist, auch politische Risiken einzugehen.» Am Ernst dieser Drohworte gibt es nichts zu zweifeln. Der nächste Schachzug über das Ingangkommen der Reformen steht bei der Regierung Colombo.

Dekolonisationsprobleme

Ein gegenwärtig akutes aussenpolitisches Problem Italiens erinnert an dessen einstige Rolle einer europäischen Kolonialmacht in Afrika. In der Ära Giolitti war 1912 Libyen erstmals von den Italienern kolonisiert worden. Nun hat der draufgängerische junge libysche Revolutionsrat in einem Anflug heftigen Nationalismus die Ausweisung der etwa 25000 im Lande ansässigen Italiener sowie die Enteignung ihres beträchtlichen Besitztums verfügt. Aussenminister Moro hat die Repatriierung der Rückkehrer an die Hand genommen, eine Luftbrücke einrichten lassen und durch eine vorbildlich angelegte diplomatische Aktion, verbunden mit einer persönlichen Reise in die dortige Hauptstadt, dem libyschen Revolutionsrat sogar einige Konzessionen abgerungen. Das Konzept einer freundschaftlichen, auf politisches Gleichgewicht im Mittelmeerraum zielenden Aussenpolitik gegenüber den afrikanischen und arabischen Mittelmeerstaaten behält Moro trotz des rüden libyschen Vorgehens unangetastet bei. Er ist geneigt, der libyschen Brückierung nur episodischen Charakter zuzumessen.

Hugo Büttler

Ein einfacher Entscheid?

Im Augenblick der Niederschrift dieser Rundschau ist es noch unklar, wie der grosse Schlag der arabischen Terroristen auf den internationalen Flugverkehr letzten Endes ausgehen wird. Das Schicksal der bedauernswerten 50 Geiseln ist weiterhin ungewiss. Die politischen Auswirkungen auf die Situation im Nahen Osten lassen sich ebenfalls noch nicht definitiv abschätzen. Und auch die Selbstprüfung, die den schweizerischen Behörden und der schweizerischen Öffentlichkeit durch den gross angelegten Piratenakt auferlegt worden ist, dürfte noch nicht im entferntesten abgeschlossen sein.

Es stellen sich indessen einige Fragen, die über den unmittelbaren Anlass hinaus bedenkenswert erscheinen: Zum Beispiel jene, ob der bundesrätliche Redner, der am welschen Fernsehen angesichts der Sturmflut von Kritik von einem «einfachen Entscheid» der Regierung gesprochen hatte, wirklich gut beraten war, das grosse rechtsstaatliche Dilemma angesichts der ungeheuerlichen Erpressung auf den einfachen Nenner zu bringen, es sei in der ersten Phase darum gegangen, drei palästinensische Häftlinge, die ohnehin gelegentlich wieder in Freiheit gesetzt würden, gegenüber dem Leben unschuldiger Swissairpassagiere in die Waagschale zu legen.

Zeugt diese Formulierung nicht von einem allzu kompensatorischen Geist, wie er auch andernorts schon vor der Flugzeugentführung zutage trat? Gewiss, auch die grössten moralischen Skrupel hätten nicht verhindern können, dass sich letzten Endes alles auf die einfache Frage «Ja oder Nein?» reduzierte. Aber gerade die weitere Entwicklung war ja Beweis genug dafür, dass über die Grundsatzfrage hinaus ein relativ grosser Manövrierraum offen blieb, bei dessen Ausnützung es sehr wohl auf die innere Einstellung und auf das taktische Vermögen ankam.

Unter diesem Gesichtspunkt muss man

schon hinter die internen Vorbereitungen auf die *Möglichkeit* eines Piratenaktes ein grosses Fragezeichen setzen. Haben nicht bereits jene «interessierten Kreise», die schon früh allen Ernstes eine Haftentlassung der arabischen Terroristen als *vorsorgliche* Massnahme empfahlen, dazu beigetragen, die Ausgangssituation zu erschweren – ebenso wie jener Zürcher Regierungsrat, der ihm nahestehenden Journalisten vorzeitig Auskunft über die «Trockenübung» von Bundesrat und Zürcher Regierung gegeben und damit entsprechende Kommentare ausgelöst hatte? Beides dürfte den Arabern nicht verborgen geblieben sein. Gewiss waren Swissair und Behörden verpflichtet, sich systematisch auf den «Tag X» vorzubereiten. Doch hätte dies mit mehr Diskretion und vielleicht auch mit noch grösserer Subtilität geschehen sollen.

Das wäre zweifellos schon taktisch klüger gewesen. Vor allem aber hätte es auch besser dem Tatbestand entsprochen, dass hier nicht allein Menschenleben und wirtschaftliche Interessen, sondern in erster Linie auch höchste Rechtsgüter auf dem Spiele standen. Bei aller Berechtigung der These, dass der Rechtsstaat auch zur Humanität und damit notfalls zum Abrücken von den normalen Grundsätzen verpflichtet sei, sehen wir uns durch die jüngsten Ereignisse vor eine Situation gestellt, die auch langfristig nicht ohne Folgen auf das Rechtsbewusstsein bleiben wird.

Reformbewusste Auslandschweizer

Wie jedes Jahr fand sich am letzten Augustwochenende auf Einladung der NHG eine grosse Zahl von Vertretern der «Fünften Schweiz» zum traditionellen Auslandschweizertag ein. Zofingen war es diesmal, das den mehr als 500 Teilnehmern herzliche Gastfreundschaft bot. Wie immer war dabei ein Teil des Treffens der Diskussion eines grundsätzlichen Themas von

staatspolitischer Tragweite gewidmet: Ein Podiumsgespräch und ein Referat von alt Bundesrat Wahlen beleuchteten den gegenwärtigen Stand der Bemühungen um eine Totalrevision der Bundesverfassung.

Die Wahl dieses Themas hatte sich schon deshalb aufgedrängt, weil die Auslandschweizer sich in erstaunlichem Masse in die Bestandesaufnahme auf Grund des «Fragenkatalogs Wahlen» eingeschaltet hatten. Aus 45 Ländern trafen 214 Antworten von Auslandschweizervereinen ein; dazu kamen noch 140 individuelle Äusserungen. Nicht allein diese eindruckliche Beteiligung, sondern vor allem auch die Qualität der Stellungnahmen sind ein hochehrwürdiger Beweis für den Zusammenhang der «Fünften Schweiz» mit der Heimat. Dass ausserdem keinerlei «Gräben» zwischen «daheim» und «draussen» zu registrieren sind, ist ebenfalls Grund zur Genugtuung. Die Antworten der Auslandschweizer bewegen sich im grossen und ganzen auf den allgemeinen Linien der eidgenössischen Auslegeordnung. Das betrifft auch die Grundsatzfrage «Totalrevision oder Teilrevisionen»: Eine knappe Mehrheit wäre für eine «grosse Reform» zu haben, während die andern einer Revision in Teilpaketen den Vorzug geben.

Unruhe in den Regierungsparteien

Nachdem schon der ordentliche Parteitag der Sozialdemokraten mit seinen progressiven Anschlägen auf einige Unruhe in den Kadern dieser Regierungspartei schliessen liess, hat sich nun auch an einer Delegiertenversammlung der Konservativ-christlichsozialen Partei der Schweiz ein «Erd-rutsch» von lange nicht mehr gesehener Ausmass ereignet: Am 22. August beschloss ein Parteitag in Biel, zur Initiative der Linken für ein «Recht auf Wohnung» die Ja-Parole herauszugeben. Und dies, obwohl ein prominenter Parlamentarier aus den eigenen Reihen das gegnerische Komitee präsidierte, und auch im vollen Bewusstsein der Tatsache, dass damit die in den letzten Jahren wieder eher gestärkte

bürgerliche Zusammenarbeit Schaden erleiden könnte.

Zwar wird man diesen Vorfall nicht zum vorneherein als prinzipielle Weichenstellung deuten dürfen. Denn erstens ist das Wohnungsproblem ohne jeden Zweifel ein besonders heisses Eisen, das im Vorfeld eines eidgenössischen Wahljahres zu taktischen Bewegungen geradezu herausfordert. Zusammen mit andern Symptomen ist es aber doch dazu angetan, die Führungsgremien der Regierungsparteien zu einem Nachdenken und zu einiger Selbstbesinnung anzuregen. Es ist unschwer voraus-zusehen, dass das Wahljahr 1971 bewegte Monate bescheren wird. Und ebensowenig ist daran zu zweifeln, dass gerade die historischen Parteien mit ihren unterdotierten und allzu schwach organisierten Apparaten Mühe haben dürften, die kommenden Wellenschläge voll aufzufangen. Schon 1967 stand man nach dem Wahltag allgemein unter dem Eindruck, dass «etwas geschehen» müsse. Doch mit der zeitlichen Distanz klang auch das parteipolitische Bauchgrimmen ab, so dass es allseits bei verbalen Reformbeteuerungen geblieben zu sein scheint. Die entscheidenden Strukturprobleme jedenfalls blieben auf der Tagesordnung stehen, ohne zu tieferegreifenden Konsequenzen zu führen.

Einmal mehr: Kampf um den Milchpreis

Ende August ist der Bauernverband mit einer Reihe von Forderungen an den Bundesrat gelangt, die auf eine spürbare Erhöhung des bäuerlichen Einkommens abzielen. So soll der Produzentenmilchpreis um zwei Rappen erhöht und die sogenannte Basisproduktionsmenge von 25,75 auf 26 Millionen Doppelzentner gesteigert werden. Obwohl die Resonanz in der Öffentlichkeit nicht allzu unfreundlich war – vor allem wohl, weil sie andere Probleme vorübergehend heisser berührten –, ist damit zu rechnen, dass es wiederum ein hartes Seilziehen absetzen wird, bis eine politisch tragbare Lösung herauskommt.

Es ist merkwürdig in diesem Lande: Fast jeder Bürger fühlt sich irgendwo als

Sohn oder Grosssohn der bäuerlichen Scholle. Der Bauernstand ist so etwas wie eine mythische Grösse des Nationalbewusstseins. Und trotzdem gibt es kaum einen Bereich der Lebenskosten, der so heiss umstritten ist wie der Milchpreis. In einer Zeit, da Auto und Badeferien schon fast zum «Existenzminimum» gehören, wird hier noch immer um Bruchteile von Rappen gerungen. Warum das so ist, bleibt schwer zu ergründen. Die Frage wäre einmal eine genauere Untersuchung wert. Im Grunde ist schwer einzusehen, dass ein traditionsreicher Berufszweig, der ohnehin mit grossen objektiven Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sozusagen den «Lebenskostenprügelknaben vom Dienst» spielen muss.

Der Kampf um die Finanzordnung

Der politisch ereignisreiche Herbst wird einen seiner Höhepunkte Mitte November haben. Dann gelangt nämlich die Bundesfinanzordnung zur Abstimmung. Obwohl sich das Parlament nach anfänglichem Widerstand mehrheitlich hinter die Vorlage des Bundesrates gestellt hat, ist es schwer, eine Prognose zu stellen. Der entscheidende Angriffspunkt der neuen Ordnung, die Beseitigung der verfassungsmässig verankerten Höchstsätze, wird ohne

Zweifel Anlass zu sehr polemischen Fischzügen geben. So sehr sich der Schweizer im allgemeinen als «Herr im Hause» fühlt, so ungern ist er bereit, sich sein Mitspracherecht in finanziellen Dingen auch nur andeutungsweise einschränken zu lassen.

Zu einem ersten Schlag gegen die Neuordnung haben die Kreise um das Redressement national ausgeholt, indem sie unter der Etikette «Aktion für die Rechte von Volk und Ständen in Steuersachen» eine Steuerinitiative lancierten. Zweck dieses Vorstosses ist die Blockierung der sogenannten mittelfristigen Ziele der Neuordnung, eben der Beseitigung der zeitlichen und vor allem materiellen Beschränkungen. Erfolg oder Misserfolg werden dabei wesentlich davon abhängen, wie weit es dem Bundesrat in den nächsten Wochen gelingen wird, die grösseren Perspektiven seiner künftigen Finanzpolitik dem Volke allgemeinverständlich und überzeugend darzustellen. Das Schicksal der neuen Finanzordnung hat mit andern Worten den Anstrich einer «Vertrauensfrage» – ohne dass der Finanzminister dabei allerdings einem seiner Vorgänger folgen und die Abstimmung zur Schicksalsfrage seiner Magistratenlaufbahn machen sollte!

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Währungskonferenz in Kopenhagen

Am 21. September beginnt in Kopenhagen die Jahrestagung der *Bretton-Woods-Institute*. Momentan herrscht an der internationalen Währungsfront Ruhe, obwohl von einer eigentlichen Stabilisierung der Verhältnisse noch nicht gesprochen werden kann. Ob der Herbst währungspolitisch ohne grosse Wellen vorübergehen wird, scheint noch höchst ungewiss. Immerhin wird die Konferenz von Kopenhagen nicht unter dem Drucke einer aktuellen Währungskrise stehen, wie das in der Vergangenheit so oft der Fall war.

Es dürften vor allem zwei Themenkreise sein, die die Konferenz beherrschen werden, nämlich einmal die Frage, ob dem Wunsche der *Entwicklungsländer* nachgegeben werden kann, Sonderziehungsrechte für Zwecke der Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Damit würde natürlich eine nicht ungefährliche Denaturierung der Sonderziehungsrechte eintreten, die ja ausschliesslich zur Verbesserung der vom Welthandel benötigten internationalen Liquiditäten geschaffen wurden. Abgesehen davon, dass sie teilweise diesem Zwecke verloren gehen müssten, würde mit ihrer Verwendung für die Entwicklungshilfe auch

die Gefahr eines neuen inflationären Schubs eintreten, weil eine solche Aktion einer stabilitätsgefährdenden Geldschöpfung gleichkäme. Dieser Forderung der Entwicklungsländer kommt einige Bedeutung zu, weil sie bereits über eine Sperrminorität über die Abänderung der Fondsstatuten verfügen und mithin Änderungen der Gesamtgrundsatzentscheidungen vereiteln könnten, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Sie haben deshalb ein offenbar nicht zu unterschätzendes Druckmittel in den Händen.

Unmittelbar vor dem Beginn der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institute haben die Exekutivdirektoren des IMF¹ zuhanden des Gouverneurates einen Bericht vorgelegt, der die Problematik und Technik von *Wechselkursänderungen* behandelt; dies dürfte der zweite Themenkreis sein, der an der Kopenhagener Währungskonferenz zur Debatte stehen wird. Die mit «The role of exchange rates in the adjustment of international payments» betitelte Studie legt eine umfassende Darstellung der sehr vielschichtigen Problematik dar. Die Essenz dieses Berichtes besteht darin, dass das Prinzip von stabilen Wechselkursen mit einem Interventionsspielraum von $\pm 1\%$ durchaus angemessen funktioniert und deshalb nicht geändert werden sollte, wie das so viele Vorschläge im Laufe der vergangenen Jahre tun wollten. Diese Abänderungsvorschläge haben sich bekanntlich auf die Einführung von völlig frei schwankenden Wechselkursen, auf die Einführung einer wesentlich grösseren Bandbreite oder auf ein System bezogen, das raschere und häufigere Wechselkursanpassungen ermöglicht hätte («crawling pegs»). Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Tagung von Kopenhagen am bestehenden System nichts ändern wird.

Die Exekutivdirektoren weisen in ihrem Bericht darauf hin, dass die bestehende Währungsordnung zu einem Aufschwung des internationalen Handels beigetragen habe, wie er in der Geschichte noch nie registriert werden konnte. Und die Modalitäten, die einer Wechselkursänderung zugrunde liegen, seien durchaus geeignet,

realistischen Wechselkursänderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Der IMF befürchtet im Falle einer Lockerung dieser Modalitäten offensichtlich eine Häufung von Abwertungen, weshalb er an der Forderung der internationalen Konsultationen festhalten will. Damit sei auch dem Ziele der Erreichung und Erhaltung stabiler internationaler Wechselkursbeziehungen am besten gedient. Die Direktoren sind sich natürlich bewusst, dass mit der bestehenden Währungsordnung auch Nachteile verbunden sind; sie vertreten aber die Auffassung, dass die Vorteile die Nachteile bei weitem überwiegen.

Akzentuierte inflationäre Entwicklung

Im Jahresbericht des IMF, der immer eine starke Beachtung findet, wird auf die Gefahr eines sich verstärkenden *Inflationsdruckes* hingewiesen. Der Preisauftrieb habe in den Industrieländern bereits im vergangenen Jahr 5 Prozent betragen; in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres stieg er indessen bereits auf 6 Prozent. Allerdings sei diese an sich bedauerliche Entwicklung mit einem besseren Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte parallel gegangen, so dass keine spektakulären Währungsunruhen eintraten, wie das in den vergangenen Jahren so häufig der Fall war. Zu dieser Entwicklung hat selbstverständlich vor allem Grossbritannien beigetragen, dessen Zahlungsbilanz in den vergangenen anderthalb Jahren eine substantielle Verbesserung erfahren hat. Auch Frankreich und die Bundesrepublik vermochten ihre aussenwirtschaftlichen Positionen zu verbessern, wogegen die Zahlungsbilanzentwicklung in den USA noch immer höchst unbefriedigend verläuft.

Die Experten des IMF geben in ihren Darlegungen, die sich auf die Wirtschaftspolitik beziehen, der Meinung Ausdruck, dass der inflationären Entwicklung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Ein erster Schritt könnte darin bestehen, das Gewicht der Fiskalpolitik zu verstärken und damit auch die Geldpolitik, die

in den einzelnen Ländern zumeist das Hauptgewicht der Restriktionspolitik zu tragen habe, vermehrt in den Dienst eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes zu stellen. Die Erfahrungen hätten gelehrt, dass monetäre Massnahmen allein die inflationären Kräfte nicht zu bändigen vermöchten.

Der IMF gibt in seinem umfassenden Bericht weiter zu bedenken, dass eine wirkungsvollere Beeinflussung in Richtung auf eine Eindämmung der Nachfrage mit Hilfe der Fiskal- und Geldpolitik im Blick auf die Erreichung stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse in den Industrieländern unerlässlich sei. Jedoch stelle sich die Frage, ob mit diesen wirtschaftspolitischen Mitteln das Dilemma «Preisstabilität und Arbeitslosigkeit» umschifft werden könne. Es müssten weitere wirtschaftspolitische Mittel in Erwägung gezogen werden, wobei der IMF insbesondere auf die Einkommenspolitik hinweist. Die Prüfung dieser Frage dränge sich deshalb auf, weil verschiedene Interessengruppen zufolge des unvollkommenen Wettbewerbs in der Lage seien, ihre Geldeinkommen über das längerfristige Mass der Produktivitätssteigerungen zu erhöhen, so dass fiskalische und monetäre Massnahmen allein nicht in der Lage seien, der Lohn-Preis-Spirale Herr zu werden. In der «Theorie» ist dieser Empfehlung sicherlich eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen; jedoch hat die Praxis gezeigt, dass die Einkommenspolitik in fast allen Ländern, in denen sie in den Dienst der Inflationsbekämpfung gestellt wurde, Schiffbruch erlitten hat. Den letzten «klassischen» Fall hat Grossbritannien geliefert. Man wird deshalb bezüglich der Einkommenspolitik als Mittel zur Inflationsbekämpfung ebenfalls nicht sehr hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können.

Die Weltbank im Zeichen der Expansion

Auch die Weltbankgruppe, zu der neben der Weltbank die «International Development Association» (IDA) sowie die «International Finance Corporation» (IFC) gehören, hat ihren Jahresbericht (Ende Juni)

vorgelegt, der von einer generellen Expansion dieser Institute kündigt. Aus dem Bericht geht einmal hervor, dass zwischen Kreditzusagen und Ausleihungen eine wachsende Kluft entstanden ist. Die Kreditzunahmen der ganzen Weltbankgruppe verzeichneten gegenüber dem Vorjahr eine Ausdehnung um 22 Prozent, womit sie auf einen neuen Höchststand von 2298 Millionen Dollar gestiegen sind. Andererseits sind die tatsächlichen Ausleihungen, das heisst die Verwendung der Mittel, hinter den Kreditzusagen zurückgeblieben. Bei der Weltbank stehen den Zusagen von 1580 Millionen Dollar Ausleihungen von 772 Millionen Dollar gegenüber. Es sind dies wohl 10 Millionen Dollar mehr als im Vorjahr, doch wurde 1967 ein höheres Ergebnis ausgewiesen. Bei der «IDA» ist gar ein Rückgang der Mittelverwendung zu verzeichnen, nämlich von 256 Millionen Dollar auf noch 143 Millionen Dollar.

Die Gründe für diese Entwicklung sind darin zu erblicken, dass die Vorbereitungs-dauer der einzelnen Projekte offenbar im Durchschnitt zugenommen hat. Vorbereitungszeiten von mehreren Jahren für einzelne Projekte sind keine Seltenheit; es ist in diesem Zusammenhange denn auch darauf hinzuweisen, dass besonders die Weltbank auf eine sehr sorgfältige Abklärung und Vorbereitung ihrer Projekte grössten Wert legt. Der grösste Teil der zur Verfügung stehenden Mittel, nämlich 44,5 Prozent (im Vorjahr 32,8 Prozent) ging wiederum in den lateinamerikanischen und karibischen Raum, gefolgt von den asiatischen Ländern (27,5 Prozent bzw. 31,6 Prozent), Afrika (17,8 Prozent bzw. 19,2 Prozent) und Europa (10,2 Prozent bzw. 11,9 Prozent). Wenn die Verteilung der Mittel nach Sachgebieten betrachtet wird, so schwingt das Transportwesen oben auf (32,6 Prozent), dicht gefolgt von der Energieversorgung (31,7 Prozent), während industrielle Projekte mit 14,8 Prozent zu Buche stehen und die Landwirtschaft mit 11,8 Prozent.

Auch die Weltbank konnte dem allgemeinen Trend zu höheren Kapitalbeschaffungskosten nicht entgehen; sie sind im

Berichtsjahr auf 7,7 Prozent im Durchschnitt gestiegen, wogegen sie im Geschäftsjahr 1965/66 noch 4,88 Prozent betragen hatten! Das hatte natürlich zur Folge, dass auch die Weltbank die Zinsen für ihre Darlehen heraufzusetzen gezwungen war; sie liess sich dabei vom Grundsatz leiten, ihre Aktivzinsen unter Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzstruktur so tief als möglich zu halten.

Die amerikanische Zahlungsbilanz

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Sorgenkind unter den Zahlungsbilanzen nach wie vor diejenige der USA ist. Das Defizit ist zwar im zweiten Quartal 1970 etwas gesunken, nämlich auf der Basis der saisonberichtigten Liquiditätsrechnung von 1550 Millionen Dollar auf 1287 Millionen Dollar, während die Official Settlements Balance einen Fehlbetrag von neuerdings 1761 Millionen Dollar gegenüber 2870 Millionen Dollar im Vorquartal aufweist. Hinter diesen Zahlen spiegelt sich jedoch keine substantielle Verbesserung der aussenwirtschaftlichen Positionen der USA. Bewegungen in den Sonderziehungsrechten und Sondertransaktionen in der Liquiditätsrechnung – Kanada übernahm Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes in der Höhe von 800 Millionen Dollar – können für diese Verbesserung sehr weitgehend verantwortlich gemacht werden.

Überforderte deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich in einer ähnlichen Situation wie diejenige der Schweiz; sie steht unter einem Anspruch, der sie einer dauernden Überforderung aussetzt, und zwar einer Überforderung, die ihren prononciert inflationären Charakter hat. Auch in der Bundesrepublik herrscht ein ausgesprochener Mangel an Arbeitskräften, der andererseits zu einer starken Kapazitätsauslastung geführt hat. Preise und Löhne stiegen an.

Die Bundesbank spricht in ihrem Quartalsbericht von einer inflatorisch beeinflussten Expansion.

In der Bundesrepublik hat sich in den vergangenen Monaten eine gewisse Verlagerung in der Zusammensetzung der Nachfrage durchgesetzt: der industrielle Auftragseingang hat sich etwas abgeschwächt, dagegen stieg die Verbrauchernachfrage stärker, und die Nachfrage der öffentlichen Hand setzt ihren prononcierten Aufwärtstrend ungebrochen fort. Die Bundesbank spricht sehr beunruhigt davon, dass die Bundesrepublik bei den Grosshandelspreisen das Welttempo der Inflation bereits erreicht habe und dass sie im Begriff stehe, es bei den Einzelhandelspreisen ebenfalls zu tun. Die Binnenkonjunktur werde jedenfalls von der Preisentwicklung im Auslande bisher noch keineswegs gebremst, obwohl durch die D-Mark-Aufwertung die früheren Preisdiskrepanzen beseitigt wurden. «Würden sich die Preissteigerungen im Auslande im bisherigen Ausmass fortsetzen, so bliebe auch künftig ein beträchtlicher aussenwirtschaftlicher Spielraum für die Überwälzung von Kostenerhöhungen in der Bundesrepublik bestehen», stellt die Bundesbank fest.

Die durchschnittlichen Effektiveinkommen stehen nunmehr 15 Prozent über dem Niveau des Vorjahres, wogegen der Produktivitätsfortschritt nur 4,5 Prozent beträgt. Infolgedessen haben die Lohnkosten pro Produktionseinheit um fast 10 Prozent zugenommen. Die Gewinnmargen gehen zurück, und zwar fast so rasch, wie sie im letzten Jahre gestiegen sind. Wenn diese Entwicklung weiter anhalten sollte, so könnte sich der Gewinnrückgang in einem Investitionsverlust niederschlagen, der das wirtschaftliche Wachstum tangieren müsste, was bedeuten könnte, dass die Bundesrepublik in eine «Stagnation mit Inflation» hineinschliddern würde. Die Bundesregierung misst deshalb in der gegenwärtigen Phase den lohnpolitischen Entscheidungen sehr grosse Bedeutung zu.

Oeconomicus